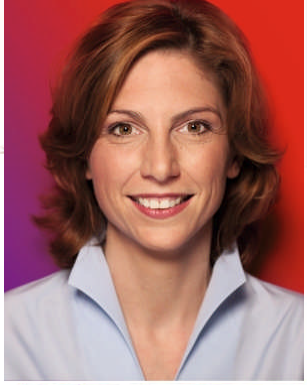

09 / 2014 www.SBL2013.de 07.03.14

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nach den närrischen Tagen und den "Abrechnungen" beim politischen Aschermittwoch hat uns nun das Alltagsgeschäft wieder.
Mehr als das beunruhigt mich jedoch die Situation in der Ukraine. Wie wird die EU reagieren, wie reagiert Putin, was werden die USA an Sanktionen verhängen?
Alles Fragen auf die es noch keine Antworten gibt. Was bleibt ist die Unsicherheit!
Gleichzeitig beginnen heute in Sotchi die Paralympics und ein Boykott wäre sicherlich das falsche Signal! Somit wünschen wir den Athletinnen & Athleten tolle Spiele und sportlichen Erfolg!
Für mich beginnt nun auch der Countdown zu laufen... dank der Zwangspause geht‘s mir gut und ich möchte mich auf diesem Weg bei euch allen für eure guten Wünsche bedanken!! Herzlichst

eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Paralympics in Sotschi – Boykott ist das falsche Mittel!

Heute starten die Paralympischen Spiele in Sotschi. Das deutsche Team der Paralympics reist nach Sotschi, um seine sportlichen Leistungen und den Spaß am sportlichen Wettbewerb zu zeigen. Die Sportlerinnen und Sportler sind hoch motiviert und wir wünschen ihnen viel Erfolg, Energie und Freude.
Politisch bedeutet der Konflikt in der Ukraine eine ernsthafte Krise für Europa. Das russische Verhalten innerhalb der Ukraine ist nicht akzeptabel – eine Deeskalation ist immer noch möglich. Hierzu liegen Vorschläge, wie zum Beispiel der Einsetzung einer Kontaktgruppe als erster Schritt, auf dem Tisch. Russland steht nun als Gastgeber der paralympischen Spiele im Fokus. Es ist ein Zeichen des Respekts, friedliche und sichere Spiele zu gewährleisten und eine Eskalation des Konfliktes auf der Krim zu verhindern. Der Sport steht nicht außen vor, sondern ist Teil der Politik, insbesondere wenn es um den olympischen und paralympischen Gedanken von Vielfalt, Freundschaft und Frieden geht.
Ein Boykott jedoch ist das falsche Mittel, denn er trifft am härtesten die Sportlerinnen und Sportler, die sich viele Jahre auf die Spiele vorbereitet haben. Es darf nicht sein, dass politische Krisen auf dem Rücken der Athleten ausgetragen werden.
Die paralympischen Wettkämpfe stehen für Integration und Inklusion und damit auch für viele ungelöste Problemfelder im Behindertensport. Für die SPD-Bundestagsfraktion wird Matthias Schmidt, MdB, vor Ort Gespräche mit den Sportlerinnen und Sportlern sowie mit Vertretern aus Politik und Zivilgesellschaft, Verbänden, NGOs und Menschenrechtsorganisationen führen.
Wir setzen uns dafür ein, dass die Olympische und Paralympische Botschaft für Frieden und Solidarität in Sotschi und auf der Krim respektiert wird.
Für die Zukunft bleibt der dringende Appell an das Internationale Olympische Komitee (IOC) und das Internationale Paralympische Komitee (IPC), den Ort für Sportgroßveranstaltungen mit Sorgfalt zu wählen.

Finanzen

Entlastung der Kommunen – Wir wollen mehr!

Wir haben uns bei den Koalitionsverhandlungen massiv für eine Verbesserung der kommunalen Finanzlage eingesetzt und dabei wichtige Zusagen erreicht. Die jährliche Entlastung der Kommunen in Höhe von fünf Milliarden Euro durch ein Bundesteilhabegesetz gehört zu den prioritären Maßnahmen, die nicht unter einem Finanzierungsvorbehalt stehen.
Weil dieses komplexe Vorhaben nicht kurzfristig umgesetzt werden kann, sollen die Kommunen jährlich um eine Milliarde Euro entlastet werden. Dies geschieht durch die vollständige und dauerhafte Übernahme der Grundsicherung, für die der Bund die letzte prozentuale Rate im Jahre 2014 in Höhe von rund 1,1 Milliarden Euro leistet.
Außerdem sollen die Kommunen nach dieser bereits gesetzlich fixierten Finanzierung jährlich mit einer Milliarde entlastet werden, bis das Bundesleistungsgesetz verabschiedet worden ist.
Wir hätten gerne höhere Entlastungen für die Kommunen durchgesetzt als sie im Koalitionsvertrag vereinbart worden sind.
Wenn jetzt auch CDU-Bundespolitiker wie der kommunalpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion Ingbert Liebing die Bundeskanzlerin vor den Folgen warnt, wenn nicht bereits 2014 eine Entlastung in Höhe von einer Milliarde erfolgt, ist dies eine willkommene Unterstützung für unser Anliegen.
Wenn die Kanzlerin Finanzminister Schäuble davon überzeugt, dass die Milliarde bereits 2014 fällig werden soll, wird das sicher nicht an unserem Widerstand scheitern.
Im Übrigen werden wir uns mit Nachdruck für eine schnelle und wirksame finanzielle Entlastung der Kommunen einsetzen.
Ein erhöhter Zuschuss zu den Kosten der Unterkunft in Höhe von eine Milliarde Euro in 2015 dürfte die Lage der besonders finanzschwachen Kommunen am besten helfen. Ebenso werden wir mit Nachdruck an der Verabschiedung des Bundesleistungsgesetzes arbeiten.

Bildung & Forschung

Bildungsausgaben – Das ist noch nicht genug!

Der Bildungsfinanzbericht zeigt, dass wir von dem Ziel sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung auszugeben, noch weit entfernt sind. Der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt ist in Deutschland mit 5,3 Prozent weiterhin deutlich niedriger als im OCED-Durchschnitt mit 6,3 Prozent.

Das ist beschämend, denn Bildung ist die Schlüsselressource unserer Gesellschaft, die nicht nur für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands von zentraler Bedeutung ist, sondern auch für die persönliche Teilhabe jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft.

Der Bildungsfinanzbericht bestätigt unsere Forderung nachdrücklich, dass 20 Milliarden Euro zusätzlich für Bildung notwendig sind, um die Nähe des OECD-Durchschnitts zu kommen und mittelfristig sieben Prozent zu erreichen. Speziell Gemeinden und Länder, die mit rund 92 Prozent den Großteil der Bildungsausgaben in Deutschland finanzieren, müssen insbesondere im Zuge der Schuldenbremse in dieser Legislaturperiode entsprechend entlastet werden, um zumindest das jetzige Niveau der öffentlichen Bildungsausgaben in Deutschland halten zu können.

Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Mehrausgaben für Bildung in Höhe von sechs Milliarden Euro und die damit verbundene Entlastung auch der Länder und Kommunen sind damit ein unverzichtbarer Beitrag für die Arbeit der nächsten Jahre, aber bei weitem nicht genug, um die internationale Anschlussfähigkeit Deutschlands bei den Bildungsausgaben zu erreichen.

Digitale Agenda

Löschen statt Sperren – Das hat sich schnell bewährt!

Das Prinzip „Löschen statt Sperren“ hat sich bewährt. Dies bestätigt der jetzt vom Bundeskabinett beschlossene Bericht zur Bekämpfung der Verbreitung von sexueller Gewalt und Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im Internet. Dem Prinzip „Löschen statt Sperren“ folgend konnten im Inland 98 Prozent binnen einer Woche und nach zwei Wochen eine vollständige Löschung aller gemeldeten Inhalte erreicht werden.

Bei Inhalten aus dem Ausland konnten 73 Prozent nach einer Woche und 97 Prozent nach vier Wochen gelöscht werden. Diese deutliche Steigerung der Löschquote beruht vor allem auf der wichtigen und deutlich intensivierten Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden mit den Providern und Beschwerdestellen und bestätigt, dass es richtig war, das rechtspolitisch und verfassungsrechtlich problematische Netzsperrgesetz aufzuheben und auf das Prinzip „Löschen statt sperren“ zu setzen.

Symbolpolitische Netzsperren und eine verfassungsrechtlich problematische Sperrinfrastruktur sind zur wirksamen Bekämpfung der Darstellung von Kindesmissbrauch im Internet – wie auch zur Verfolgung anderer Straftaten – nicht geeignet.

Neben der weiteren Zusammenarbeit mit den Providern und Beschwerdestellen sind eine verbesserte technische und personelle Ausstattung der Polizeibehörden, die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften sowie die Verstetigung der Zusammenarbeit auf internationaler Ebene notwendig, um die Verbreitung von sexueller Gewalt und Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im Internet wirksam zu bekämpfen.

Kirchen

Sozialinitiative – Es fehlt an deutlicheren Worten

Die nun vorgestellte gemeinsame Sozialinitiative der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland ist ein wichtiger gemeinsamer Schritt, aber es fehlen deutlichere Worte für eine gerechte Wirtschaftsordnung.

Wir begrüßen, dass es nach dem viel beachteten Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von 1997 noch einmal einen gemeinsamen Aufruf der evangelischen und katholischen Kirche gibt.

Die Kirchen sind für uns ein wichtiger Partner in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Die Sozialinitiative der beiden Kirchen ist ein bedeutendes gemeinsames Zeichen, aber nur ein halber Schritt nach vorn. Sie bleibt hinter der deutlichen Kritik an gesellschaftlichen Unrechtssituationen aus dem Sozialwort vor 17 Jahren zurück.

Unter der Überschrift "Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft" fordern die Kirchen ethische Maßstäbe statt reiner Gewinnmaximierung. Die Kirchen betonen die Verantwortung von Christinnen und Christen für eine gerechte Wirtschaftsordnung und erwarten Konsequenzen aus der Finanzkrise. Darin sind wir uns mit den Kirchen einig. Der wachsende Einfluss von Wirtschaft und Finanzinstituten auf Politik und Gesellschaft verlangt nach Antworten.

Die beiden Kirchen haben sich selbst den Auftrag gegeben, Stimme derer zu sein, deren Anliegen sonst nicht wahrgenommen wird. Es ist gut, dass sie immer wieder auf Missstände aufmerksam machen. Die Forderungen der Kirchen nach einer nachhaltigen Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft, nach Inklusion und Partizipation, nach einer breiten Beteiligung an Erwerbsarbeit und nach einem gesetzlichen Mindestlohn teilen wir. Wir wünschen dieser Sozialinitiative eine breite Beachtung und freuen uns auf die weiteren Diskussionen mit den Kirchen, um unser Land sozial gerechter zu gestalten.

International

10. März – Flagge zeigen für Tibet

Anlässlich der jährlich durchgeführten Flaggenaktion mit dem Titel:“Flagge zeigen für Tibet“, fahren die Tibetfreunde Westerwald mit einem Autokorso durch den Kreis Altenkirchen. Die Aktion beginnt an der Kreisverwaltung Altenkirchen um12.00 Uhr. Gemeinsam mit Landrat Michael Lieber wird dort die Tibet-Flagge gehisst. Anschließend geht es über Hachenburg, Betzdorf, Wissen und Hamm wieder zurück nach Altenkirchen. Wer sich am Autokorso beteiligen möchte, ist herzlich eingeladen. Mehr Informationen auf www.baetzing-lichtenthaeler.de .

Bonbon

„Janukowitsch ist wohlauf und wird sich noch bei der Beerdigung derjenigen erkälten, die ihm jetzt Böses wünschen.“

(Wladimir Putin,Präsident Russland)

Termine

Derzeit kann ich keine Termine wahrnehmen.
Mein Arzt hat mir folgendes verordnet:

Ruhe, Ruhe, Ruhe

und jetzt bin ich auch im Mutterschutz ……